

*Altenahr, 26.–28. November 1970*

*Anwesend: Adorno, Amrehn, Barzel, Blüm, Brauksiepe, Echternach, Filbinger, Göb, Gradl, Hahn, von Hassel, Hasselmann, Heck, Katzer, Kiesinger, Kohl, Kraske, Lemke, Lorenz, Schäfer, Scheufelen, Schmücker, Schröder, Schwarz–Schilling, Stoltenberg, von Weizsäcker, Wex, Windelen.*

*Beratung des Entwurfs für das Berliner Programm (2. Fassung).*

*Beginn: Donnerstag, 26. November*

*Ende: Samstag, 28. November*

ZUM ERGEBNIS DER KLAUSURTAGUNG IN ALTENNAHR HIELT GENERALSEKRETÄR BRUNO HECK FEST (DUD VOM 1. DEZEMBER 1970):

Der Bundesvorstand der CDU hat in seiner Sitzung vom 26.–28. November 1970 den Entwurf zur zweiten Fassung des Berliner Programms beraten und verabschiedet. Den Beratungen lag zum einen der Text der Programmkommission zugrunde, wie er unter Leitung von Dr. Helmut Kohl erarbeitet worden ist; zum anderen hatte der Vorstand dazu über 7.000 Stellungnahmen aus der Partei zu berücksichtigen. Dabei hat sich erwiesen, daß der Entwurf der Programmkommission den Diskussionen im wesentlichen standhalten konnte. Von den Forderungen seines Textes findet sich das meiste auch im Entwurf des Vorstands wieder. Geändert hat sich vor allem die Gliederung. Die Außenpolitik ist wieder an die Spitze gerückt, was der aktuellen Situation entspricht. Es folgen die Teile Bildung, Wirtschaft und Gesellschaft sowie Reform unseres Staates. Von besonderem Gewicht sind die Aussagen zum Bildungswesen, zum Umweltschutz und zur Vermögensbildung. Der Vorstand hat das Programm nicht zuletzt unter dem Gesichtspunkt beraten, daß alles, was gefordert wird, auch tatsächlich geleistet und verwirklicht werden kann. Die Partei hat ein politisches Programm gewünscht, das unsere Auffassungen in Willensbekundungen und Vorschlägen darlegt. Daher ist auf analytische, beschreibende und begründende Bestandteile weitgehend verzichtet worden, die vor allem zur Befruchtung der Diskussion gedacht waren. Das hat zu einem nüchternen Stil des Textes geführt, ohne daß dadurch der Gehalt der Forderungen berührt worden wäre.

Der Wille zum Frieden in Freiheit und zur Verständigung der Völker ist Grundlage unserer Außenpolitik. Deutschland hat politisch und wirtschaftlich wieder ein weltweites Gewicht; wir fordern daher eine Politik, die weltweit orientiert und in globaler Sicht konzipiert ist. Die Einheit der Deutschen in einem nicht mehr gespaltenen Europa bleibt unser Ziel. Wir respektieren jedoch den Willen der Bevölkerung in einem anderen Teil Deutschlands, sobald er sich frei aussprechen kann. Für Euro-

pa erstreben wir einen Bundesstaat, der sich aus einer erweiterten EWG entwickeln soll. Die angestrebte Wirtschafts- und Währungsunion soll zu Stabilität und Wachstum führen.

Der Programmwurf bekennt sich zu einem Bildungswesen, das jedermann die gleiche Chance gewähren soll, seine Begabung zu entfalten, das aber auch die Leistungsfähigkeit voll herausfordert. Die berufliche Bildung hat im Programm ein besonderes und gegenüber dem Vorentwurf neues Gewicht erhalten. Wir empfehlen, sie als neue Aufgabe der Bundesanstalt für Arbeit zuzuordnen. Soweit ihre Förderung den Rahmen der von uns geforderten allgemeinen Bildungsförderung übersteigt, soll sie durch eine allgemeine Berufsbildungsabgabe finanziert werden. An den Hochschulen wollen wir dafür sorgen, daß an ihnen die Freiheit von Lehre und Forschung und damit ihre Leistungsfähigkeit gesichert werden. Das Bildungswesen soll bundeseinheitlich nach einer abgestimmten Bildungsplanung in Bund und Ländern entwickelt werden.

Für den Bereich der Wirtschaftspolitik entfaltet das Programm das zeitgemäß entwickelte Modell der Sozialen Marktwirtschaft. Wir fordern für die Konjunkturpolitik stabilisierende Elemente, ein regelgebundenes Verhalten des Staates und funktionsfähige Wechselkurse. Wir haben Kriterien entworfen, nach denen wir eine umfassende Steuerreform gestalten wollen. Der Vorstand hat auf die Sorgen und Fragen des Mittelstandes eine Antwort eingefügt. Die beruflichen Chancen der Frauen sollen verbessert werden. Die Rentenversicherung soll durch Öffnung für die Selbständigen und durch die stufenweise Einführung eines eigenen Rentenanspruches der Frauen zu einer Alterssicherung des ganzen deutschen Volkes ausgestaltet werden. Außerdem wollen wir, daß die Altersgrenze im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten flexibel gestaltet wird. Unser Programm zur Vermögensbildung haben wir in einem wichtigen Punkt ergänzt: Wir erwarten, daß bei städtebaulichen Maßnahmen auch Wohnung, Haus und Boden in verstärktem Maße zur Bildung von Eigentum für breite Schichten der Bevölkerung verwandt werden. Dafür haben wir konkrete Vorschläge entwickelt.

Zur inneren Neuordnung der Bundesrepublik schlägt der Entwurf vor, weitere Aufgaben, die bundeseinheitlich gelöst werden müssen, dem Bund zu übertragen. In Bund und Ländern sollen Rechtspflegeministerien errichtet werden. Für das Gerichtswesen schlagen wir eine Reform vor, die sich nicht an einer durchgehenden Dreistufigkeit orientiert und für weitere Entwicklungen offen bleibt. Der Entwurf gibt unseren Vorschlägen zur Raumordnung und zum Wohnungsbau sowie den Forderungen zum Umweltschutz besonders breiten Raum und unterstreicht dadurch die Bedeutung, die die Partei diesen Fragen beimißt.

Wir übergeben den Entwurf der Partei, die ihn beraten wird. Was sie an Änderungen wünscht, kann von den Kreis- und Landesverbänden und von den Vereinigungen als Antrag an den Parteitag eingereicht werden, der Ende Januar 1971 in Düsseldorf stattfinden wird. Diese neue Fassung des Programms wird wiederum von der ganzen Partei erarbeitet sein.